

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

7.5.1925 (No. 105)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Redaktion:
Karlsruhe,
Str. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. n. o.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipatorische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Erfüllung der Bedingungen zu versichern, die bei der Abgabe der Zeitung verpackt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für unvollständige Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die wirtschaftl. Vereinigung der Unternehmerverbände

Die Berichte über das gesellige Beisammensein, das die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände in Baden am 28. April im kleinen Festsaal zu Karlsruhe veranstaltete, erschöpften sich vor allem in der Wiedergabe der Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden. Wir halten es für angezeigt, heute nochmals auf jenes Bankett zurückzukommen, um die Bedeutung dessen, was die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände darstellt und leistet, kurz zu würdigen. Die Öffentlichkeit dürfte an einer solchen Würdigung das größte Interesse haben. Handelt es sich hier doch um eine Organisation größter und wichtigster Art, um eine Organisation, die so umfassend ist, daß man ihr Zustandekommen vor dem Kriege für unmöglich gehalten hätte.

Die Mächte der Zeit haben es zustande gebracht, daß sich im Jahre 1920 der Allgemeine Fabrikantenverein in Mannheim, der Bad. Bauernverein in Freiburg und der Genossenschaftsverband Bad. Landwirtschaftlicher Vereinigungen in Karlsruhe zusammenschloß, um durch gemeinsame Zusammenkünfte und Aussprachen das gegenseitige Verstehenlernen der einzelnen Berufsstände zu fördern, einen Ausgleich der widerstrebenden Interessen herbeizuführen und ein möglichst geschlossenes Auftreten der Öffentlichkeit gegenüber zu erreichen. Sehr bald trat der Landesverband Badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen in Konstanz bei, und ihm folgten zahlreiche andere Wirtschaftsorganisationen als Mitglieder, so in erster Linie die Handelskammern unseres Landes, die Handwerkskammern, der Landbund, die Landwirtschaftskammer, der Bund Badischer Arbeitgeberverbände, die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels, der Zentralverband des Deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Baden, der Verein Süddeutscher Zeitungsbesitzer u. a.

Alle diese Korporationen, die sich früher zum Teil völlig fremd oder gar mißtrauisch gegenüberstanden, haben in der Wirtschaftlichen Vereinigung die Zusammenarbeit gelernt. Dabei hat sich gezeigt, daß die Voraussetzung von der die Gründer ausgingen, durchaus richtig war, nämlich die, daß in sehr vielen wichtigen Fragen die Interessen aller dieser verschiedenen Verbände zusammenlaufen. So ist es möglich gewesen, daß die Wirtschaftliche Vereinigung ein Steuerprogramm ausarbeitete, in welchem sich die Wünsche der badischen Wirtschaft als solcher ausdrückten. Aber auch zu anderen Dingen, so zur Frage der Preisgestaltung, der Zollpolitik, des Eisenbahntariffwesens, der planmäßigen Erweiterung wirtschaftlicher Aufgaben durch die Technik, der Zwangswirtschaft, der Strompreispolitik, der Elektrifizierung der badischen Bahnen usw., hat die Wirtschaftliche Vereinigung in Resolutionen und Referaten Stellung genommen.

Jeder Politiker, der die Zersplittertendenz, die nun einmal im deutschen Volke so gefährlich überwiegen beklagt, wird es begrüßen, wenn sich Organisationen ähnlicher Tendenz zusammenschließen. Nur so ergibt sich die Möglichkeit einer einheitlichen Stellungnahme. Den Regierungen und den Parlamenten wird damit ihre Arbeit wesentlich erleichtert. Das war es ja gerade, was alle Politiker in den Regierungen und in den Parlamenten bei ihrer Arbeit oft so bitter empfanden, daß gerade in entscheidenden Fragen die Auffassungen der einzelnen Verbände der Wirtschaft weit auseinandergingen, oder sich sogar diametral gegenüberstanden. Vom Standpunkte der Politik aus gesehen, ist es also nur erfreulich, wenn die Wünsche der Wirtschaft möglichst einheitlich zum Ausdruck gelangen.

Damit ist natürlich das Problem, mit welchem sich diese Wünsche beschäftigen, als Wirtschaftsproblem des ganzen Volkes noch nicht gelöst. Denn die Wirtschaft hat zwei große Komponenten, die Arbeitgebererschaft und die Arbeitnehmererschaft. Eine Tatsache, auf die bei dem geselligen Beisammensein Landtagspräsident Dr. Baumgartner besonders aufmerksam gemacht hat. Dr. Baumgartner hat dabei dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Wirtschaftliche Vereinigung möge es sich angelegen sein lassen, nun auch mit der Arbeitnehmererschaft in einen entsprechenden Zusammenhang zu kommen, um so das große Gesamtwirtschaftsinteresse in das Staatsganze einzufügen.

Nun ist ja allerdings von vornherein klar, daß dieselbe Einheitlichkeit, die sich vielfach bei den Unterneh-

merverbänden herstellen läßt, nur ganz selten erzielt werden wird, wenn es darauf ankommt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter einen Hut zu bringen. Hier sind die Gegensätze meistens denn doch zu groß. Aber richtig ist es, von der Wirtschaftlichen Vereinigung grundsätzlich zu verlangen, daß sie die Möglichkeit einer solchen weitgreifenden Einheitsfront nicht aus dem Auge verliert und jedenfalls bei allen ihren Maßnahmen berücksichtigt, daß zahlenmäßig die Masse des Volkes nicht von Produzenten und Arbeitgebern, sondern von Konsumenten und Arbeitnehmern gebildet wird.

Das Bestreben der Unternehmerverbände, mit ihren Auffassungen Einfluß zu gewinnen auf Gesetzgebung und Verwaltung, läßt sich durchaus begreifen. Aber Parlament und Regierung werden immer davon auszugehen haben, daß das Unternehmertum zwar einen der allerwichtigsten Teile des Volksganges darstellt, aber eben doch nur einen Teil. Deshalb ist und bleibt es die Aufgabe der Politik, die Interessen der einzelnen Gruppen miteinander auszugleichen und auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Und auch diese Aufgabe hat Dr. Baumgartner in seiner namentlichen Rede unterstrichen.

Der Politik können Irrtümer unterlaufen, die bald von diesem Teil, bald von jenem Teil kritisiert werden. Notwendig ist es, daß die Politik ihrerseits weitestgehend Rücksicht nimmt auf die Erfordernisse der Wirtschaft. Mit politischen Doktrinen läßt sich hier wenig Gutes erreichen. Die Wirtschaft ist ein Organismus, der sein eigenes Leben besitzt und der politischen Doktrin oft genug spottet. Im übrigen wollen wir auch nicht vergessen, daß die Nationalökonomie als politische Wissenschaft noch in ihren Kinderschuhen steckt und vom praktischen Leben noch sehr viel zu lernen hat.

Zweierlei wird es also sein, was man zu erwarten hat: auf der einen Seite, bei den Unternehmerverbänden, die richtige Einschätzung der Tatsache, daß sie nicht allein auf der Welt sind, bei den Politikern aber die Erkenntnis, daß die Interessen der Wirtschaft ein Gebiet bedeuten, auf welchem nicht die politische Doktrin, sondern nur die unmittelbare praktische Erfahrung maßgebend sein darf. Wenn das gesellige Beisammensein der Wirtschaftlichen Vereinigung dazu beigetragen hat, diese Erkenntnis in allen hervorragenden Politikern und Wirtschaftsführern zu festigen, so hat es damit sicherlich seinen höchsten und wertvollsten Zweck erreicht.

Um die Regierungsbildung in Preußen

Wie der Berliner Lokalanzeiger" mitteilt, sind die Verhandlungen über die Bildung eines überparteilichen Kabinetts oder einer Regierung mit Vertrauensmännern aus allen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten am Mittwoch im preussischen Landtag fortgesetzt worden. Man strebe dahin, bis zum Freitag eine Klärung zu erreichen, oder, wenn dies nicht gelingen sollte, die auf Freitag angelegte Abstimmung über das Vertrauensvotum zu verschieben. Im Gegensatz hierzu erklärt die „Voss. Zeitung", daß die Abstimmung unter allen Umständen am Freitag vorgenommen werde und daß die preussische Regierung Vorbereitungen getroffen habe, um für den Fall der Ablehnung des Vertrauensvotums die Auflösung des Landtages durchzuführen zu können.

Wie die Berliner „Voss. Zeitung" glaubt, werden am Freitag bei der Abstimmung im preussischen Landtag alle kommunistischen Abgeordneten zur Stelle sein und gegen die Regierung Braun stimmen, nachdem die Sozialdemokraten die kommunistische Mindestforderung für eine begrenzte Duldung der preussischen Regierung durch die Kommunisten nicht beantwortet haben.

Kredithilfe für die Winzer. Die Zentrumsfraktion des Reichstages ersuchte die Reichsregierung in einem Antrage, zur Erhaltung des dem Ruin entgegenghenden Winzerstandes mit großer Beschleunigung einen langfristigen Kredit von 80 Millionen zu ermäßigtem Zinsfuß zu gewähren und sofort die Weinbaugebiete zu Notstandsgebieten zu erklären.

Ein Denkmal für Palm. Aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Börsenvereins Deutscher Buchhändler wird am 24. Mai in Braunau am Inn (Oberösterreich) ein Denkmal für den am 26. August 1806 auf Befehl Napoleons erschossenen Nürnberger Buchhändler Johann Philipp Palm errichtet werden.

Das Eisenbahnnetz im Korridor. Wie die „Zeit" erzählt, sind die Vorbereitungen der Reichsregierung soweit fortgeschritten, daß für die aller nächste Zeit der Antrag auf Einberufung des Schiedsgerichtes bevorsteht, darin das Pariser Abkommen zwischen Deutschland, Danzig und Polen vom April 1921 vorgegeben ist für alle Streitfragen, die sich aus dem Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor ergeben.

Ein Programm für den Umbau der badischen Landstrassen

Der Finanzminister hat dem Landtag dieser Tage eine Denkschrift über den Zustand der badischen Landstrassen und die Maßnahmen zu ihrer Verbesserung vorgelegt. Die Denkschrift stellt ein Programm dar, welches innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren, nämlich von 1925—1934 durchgeführt werden soll. Die Straßenfrage ist in allen Kulturländern in den letzten Jahren plötzlich sehr stark in den Vordergrund getreten. Der Grund liegt in dem ganz außerordentlichen Aufschwung, den der Verkehr mit Kraftwagen genommen hat und der dazu geführt hat, daß die Straßen heute wieder in der vordersten Linie der Verkehrsmittel stehen. Diesem Verkehrszustand entsprechen die badischen Landstrassen in keiner Weise mehr. Sie, die vor dem Kriege sich einen wohl begründeten Ruf durch ganz Deutschland und darüber hinaus erworben hatten, sind neben der Mehrbeanspruchung durch die Verkehrssteigerung insbesondere infolge des Krieges und der Nachkriegsjahre in einen Zustand geraten, der dringend der Abhilfe bedarf.

Die Denkschrift des Finanzministers geht auf die verschiedenen Maßnahmen ein, welche zur Anpassung der Straßenunterhaltung an die Verkehrsentwicklung z. B. in Betracht kommen können. Daß angesichts unserer Finanzlage besonders darauf geachtet werden muß, den besten Erfolg mit den geringsten Aufwendungen zu erzielen, ist selbstverständlich. Infolgedessen muß z. B. gegenwärtig auch der Gedanke ausgeschieden, besondere Automobilstraßen zu bauen. Andererseits muß das Programm aber doch auch eine gewisse Großzügigkeit aufweisen, wenn nicht in wenigen Jahren die jetzigen Absichten schon wieder über den Haufen geworfen werden sollen.

Im großen ganzen hatte das ganze badische Landstraßennetz seither nur eine Schotterbahn, deren Unterhaltung entweder eine ständige war oder die nach dem Decksystem erfolgte. Wird die Schotterbahn so rasch abgenutzt, daß die Walzbede schon wieder nach wenigen Jahren erneuert werden muß, dann wird rasch die Grenze erreicht, bei welcher die Befestigung der Fahrbahn mit Pflaster in den Bereich der Wirtschaftlichkeit tritt. Eine gewisse Verlängerung der Lebensdauer der Schotterbahn läßt sich auch durch die Teerung erreichen. Gewisse Spezialverfahren wie z. B. Innenteerung, Asphaltierung oder vor allem Betonierung der Fahrbahnen, wie das in großem Umfang jetzt in Nordamerika der Fall ist, müssen bei uns der hohen Kosten wegen zurücktreten. Als endgültiger Vorschlag zur Verbesserung des Straßennetzes in den nächsten 10 Jahren wird in der Denkschrift folgendes genannt:

1. Die durch besonders starken Verkehr beanspruchten Hauptstraßen unseres Landes, insgesamt 500 Km., sollen in den nächsten Jahren durch Pflasterung befestigt werden.
2. Zur Ausbesserung der größten Schäden sollen über den regelmäßigen Jahresbedarf von 50 000 Kubikmeter Schotter hinaus jährlich weitere 35 000 Kubikmeter in fließweissen und hinlänglich unterhaltenen Straßen eingebaut werden.
3. Die Aufbringung von Walzbeden, die vor dem Krieg jährlich in einem Umfang von rund 200 Kilometer vollzogen wurde, soll in den nächsten Jahren auf jährlich 350 Kilometer, in weiteren 3 Jahren auf jährlich 300 Kilometer und im 7. Jahr auf 250 Kilometer gesteigert werden. Dieses ergibt innerhalb von 7 Jahren gegenüber der Vorkriegszeit eine Zunahme an Walzbeden von 800 Kilometer.
4. Zur Milderung der Staubplage und zur Verlängerung der Lebensdauer der Walzschotterdecken sollen jährlich 150 Kilometer besonders innerhalb der Ortschaften einer Teerung unterzogen werden.
5. Zur besonderen Anpassung des Landstraßennetzes an die Bedingungen des Kraftwagenverkehrs werden Gefahrenstellen in den Durchgangsstraßen zu beseitigen sein. In manchen Fällen werden besondere Umgehungsstraßen um besaute Ortsteile oder um schwierige Geländeabschnitte gebaut werden müssen. Hierfür ist innerhalb 10 Jahren der Bau von 130 Kilometer Umgehungsstraßen vorgesehen.

Das badische Landstraßennetz wird dann Ende 1934 in der Hauptsache folgendes Bild aufweisen: 500 Kilometer Pflasterstraßen, 2100 Kilometer Walzstraßen und 430 Kilometer fließweise unterhaltene Schotterstraßen; zusammen 3030 Kilometer Landstrassen. Ein solch gewaltiges Bauprogramm erfordert natürlich auch entsprechende Mittel. Der Aufwand aller erwähnten Maßnahmen wird im außerordentlichen Haushalt von 1924—1934 zusammen rund 65 Millionen betragen. Der ordentliche Haushalt, welcher für den gleichen Zweck in den Jahren 1924—25 1,5 Millionen Mark vorgesehen hat, wird in den nächsten 10 Jahren jährlich mit 2,8 Millionen belastet sein.

Die Denkschrift macht auch den Versuch, die Wirtschaftlichkeit der vorgeschlagenen Straßenverbesserungen im einzelnen darzutun. Dieser Versuch hat allerdings mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß nur die Ausgabebeiseite vorliegt, während die Einnahmebeiseite nur durch entsprechende Einschränkung der mittelbaren Wirkung der Straßenverbesserung vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus ausgefüllt werden kann. An mittelbar guten Wirkungen sind aber verschiedene zu erwähnen: Gute Straßen gestatten leichtere Bauart der Wagen oder bei gleicher Bauart die Mitnahme schwererer Lasten. Bei gleichbleibender Last sind größere Geschwindigkeiten mit derselben Zugkraft möglich. Auch für die Unterhaltung der Fahrzeuge ist der gute Zustand der Fahrbahn von größter Bedeutung. Bei Kraftwagen wird vor allem der Motor eine längere Lebensdauer haben und billiger zu unterhalten sein. Die bessere Lenkbarkeit der Fahrzeuge auf einer guten Fahrbahn verringert die Wahrscheinlichkeit, daß Unfälle entstehen. Jede Verbesserung der Verkehrsmittel verbilligt die Waren. Die Durchführung der Straßenverbesserung hat übrigens für das Land noch einen besonderen Vorteil, da der aufzuwendende Betrag dem Land und seinen Bewohnern fast vollständig erhalten bleibt. Über 3000 Arbeiter können bei Durchführung des Programms 10 Jahre lang hindurch beschäftigt werden; ein Umstand, der für das Arbeitslosenproblem von besonderer Bedeutung ist.

Am Schluß der Denkschrift ist sodann die Deckungsfrage, die Frage der Aufbringung der Mittel behandelt. Es wird unter Hinweis auf die Verhältnisse in den außerdeutschen Ländern eine stärkere Veranziehung der Hauptstädter unserer Landstraßen, nämlich der Kraftwagen, zu den Straßenkosten verlangt. Der selbstverständliche Grund dafür, daß die Benutzer einer Straße zu den Straßenunterhaltungskosten entsprechend heranzuziehen sind, müßte auch unter den neuen Verhältnissen entsprechend durchgeführt werden. Der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer in ihrer jetzigen Gestalt reiche keineswegs aus, um eine geordnete Wegeunterhaltung zu gewährleisten. Die Forderung ihres alsbaldigen Um- und Ausbaues unter Zugrundelegung der jetzigen Verhältnisse wird des Näheren begründet.

Das aufgestellte Programm für die Straßenverbesserung bezeichnet die Denkschrift als ein Mindestprogramm. Die daraus sich ergebenden Aufwendungen — so schließt sie — „werden also unter allen Umständen gemacht werden müssen, sofern ein größerer schwer wieder gutzumachender Schaden an unserem Landstraßennetz verhütet werden soll und wir nicht Verkehrsverhältnissen entgegengehen wollen, die eines Kulturstaates unwürdig sind“.

Deutscher Reichstag

W. A. Berlin, 6. Mai

Die erste Beratung der neuen Steuervorlage

wird fortgesetzt. Abg. Henning (Deutsch-Völk.) In der Steuervorlage ist eine gerechte steuerliche Erfassung der Schiebergewinne und Inflationsgewinne zu bemerken. Das wäre aber notwendig gewesen, für die Schaffung der Summen, mit denen die Besitzer von Reichsanleihen entschädigt werden müßten. Die deutsche Regierung begehrt einen schmächtlichen Vorstoß, wenn sie nicht den Anleihenbesitzern, die ihr voll Vertrauen ihr Geld geliehen haben, dies endlich zurückzahlt. Lebhafte Zustimmung bei den Völkischen. Der Reichsfinanzminister hatte nicht das Recht, die Überschüsse für 1924 selbständig zu verwenden. Da hat der Reichstag mitzureden. Bei solchen Überschüssen wären die Dawesgesetze gar nicht nötig gewesen, mit denen das deutsche Volk verlastet worden ist. Die deutsche Reichsbahn ist dem internationalen Finanzkapital ausgeliefert worden. Die neuen Steuerentwürfe können uns nicht betreffen, solange das Unrecht an den betrogenen Sparern nicht gut gemacht worden ist.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) gibt eine kurze Erklärung ab, seine Gruppe lehne die Bier- und Tabaksteuer ab und behalte sich die Stellungnahme zu den übrigen Steuerentwürfen vor.

Abg. Kling (Wirtsch. Verein.) führt aus, das derzeitige Steuersystem habe im Jahre 1924 die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern besonders schwer geschädigt. Die einzelnen Steuerfächer müßten besser durchgefaßt werden und den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Bauern entsprechen. Die Durchführung müsse in allen bäuerlichen Betrieben obligatorisch eingeführt werden. Der Ausschuss müsse noch wesentliche Verbesserungen vornehmen.

Abg. Koenen (Komm.) führt aus, der Bericht der übrigen Parteien auf die zweite Rednerreihe sei der klare Beweis dafür, daß es dem schwarz-rot-goldenen Block nicht ernst sei mit dem Kampf gegen den schwarz-weiß-rotten Block. Aus den vorliegenden Gesetzentwürfen ergebe sich, daß keine Steuer geschaffen werde, die das Vermögen der Besitzenden angreife. Die Steuerentwürfe werden hierauf an den Steuerentschuss überwiesen. Um 4.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das Aufwertungsgezet.

Der Steuerentschuss des Reichstages

begann am Mittwoch seine Beratungen. Reichsfinanzminister v. Schlieffen gab eine neue Aufstellung über die Überschüsse der Reichskasse. Der Kassenbestand bezifferte sich am 1. April 1925 auf 1361 Millionen und nach Abzug der an die Brandweinmonopolverwaltung, die Reichsbahn und die deutschen Werke abgezweigten Kredite auf 1227 Millionen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, die teilweise vertraulicher Natur waren, ging der Minister darauf ein, in welcher Weise über die verbliebene Summe von 1227 Millionen bereits verfügt ist oder noch verfügt werden soll. Jede weitere Schmälerung des Betriebsmittelfonds durch Inanspruchnahme der Überschüsse des Jahres 1924 für andere als die von mir bezeichneten Zwecke würde die Verwaltung einfach zum Erliegen bringen. Ich habe Ihnen mit aller Offenheit die Finanzlage geschildert, wie sie sich für das abgelaufene Rechnungsjahr 1924 nach vorläufiger Schätzung darstellt und kann zum Schluß nur wiederholen, was ich schon im Plenum gesagt habe, daß nach dem Ergebnis meiner Darlegungen zu einem übertriebenen Optimismus jedenfalls kein Grund vorliegt. — In die Ausführungen des Reichsfinanzministers schloß sich eine Debatte, worauf der Ausschuss sich auf Freitag vormittag verlegte.

Angestelltenversicherung. Die Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung beträgt vom 1. Mai 1925 an jährlich 6000 Reichsmark statt bisher 4000 Reichsmark. Die Beitragsklassen und Beiträge sind nicht geändert.

Zur Wahl Hindenburgs

Zur Amnestiefrage

Im Rechtsausschuss des Reichstages machte der Vorsitzende, Prof. Dr. Rahl (D.V.P.) am Mittwoch Mitteilungen von seinen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen über eine infolge der Reichspräsidentenwahl zu erwartende Amnestie. Endgültige Beschlüsse in dieser Beziehung seien noch nicht gefasst. Die Einsetzung eines Unterausschusses über die Amnestiefrage, die ursprünglich geplant war, habe sich nicht als notwendig erwiesen. Sobald Endgültiges über die Amnestiefrage beschlossen sei, werde dem Ausschuss durch die zuständigen Stellen Mitteilung zugehen.

Sozialdemokratischer Einspruch gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl

Die „Voss. Zeitung“ will wissen, daß die sozialdemokratische Partei Einspruch gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl erhoben habe mit der Begründung, daß in zahlreichen Fällen Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Nach den Angaben des genannten Blattes soll sich der Wahlprotest auf Verhörer von Amtspersonen und auf Verletzung des Paragraphen 75 der Reichsverfassung stützen, wonach die Wahlentschlüsse unbeschäftigt sein müssen. Der Wahlprotest erkläre, daß die Nachprüfung von Unregelmäßigkeiten auch dann mit aller Sorgfalt vorgenommen werden müßte, wenn das Gesamtergebnis dadurch nicht entscheidend beeinflusst würde.

Hindenburg und das Reichsbanner

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Oberpräsident Eberhard, veröffentlichte einen Artikel, in welchem er sich mit der Frage der Beteiligung des Reichsbanners an den Guldigungen für den neuen Reichspräsidenten v. Hindenburg beschäftigt. Hörtung kommt zu dem Schluß, daß es sowohl inner- als außenpolitisch nicht ratsam sei, wenn das Reichsbanner sich in Mehl und Oblet mit den schwarz-weiß-rotten Organisationen stelle. Das Fernbleiben des Reichsbanners bei dem Einzug des Reichspräsidenten sei keine Spitze gegen Hindenburg. Arrangements und Teilnehmer der Empfangsdemonstrationen seien derart, daß das Reichsbanner die vorgesehene Spalierbildung nicht als eine Ehrung des neuergewählten Reichspräsidenten der Republik, sondern als eine private monarchistische Kundgebung der Republikfeinde ansehen könne. Deshalb lehne das Reichsbanner jede Teilnahme daran ab.

Politische Neuigkeiten

Entwaffnung und Räumung

Die Meldung englischer Blätter, wonach zwischen den Kabinetten von Paris und London eine Einigung über die Frage der deutschen Entwaffnung und in Zusammenhang damit über die Räumung von Köln erzielt worden sei, wird in Paris als verfrüht bezeichnet. Es scheint, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, allerdings richtig zu sein, daß die englische Regierung in Paris vorgeschlagen hat, in der an Deutschland zu richtenden Note, die so kurz wie möglich sein soll, sich darauf zu beschränken, die von der Kontrollkommission festgestellten Verletzungen aufzuführen und die deutsche Regierung, davon in Kenntnis zu setzen, daß, sobald sie die ihr mitgeteilten Verträge auf dem Gebiete der Abrüstung wieder gut gemacht habe, nicht nur die Kölner Zone unverzüglich geräumt, sondern auch die Interalliierte Kontrollkommission durch die Überwachungsorgane des Völkerbundes ersetzt werden soll. Die englische Anregung dürfte jedoch in Paris auf starken Widerstand gestoßen sein, insbesondere deshalb, weil die von London vorgeschlagene Formel auf die Festlegung einer Frist für die Erfüllung der Deutschland gestellten Bedingungen verzichtet und dadurch Deutschland die Möglichkeit geben zu lassen scheint, durch rasche Wiederermächtigung der ihm zur Last gelegten Verletzungen die Räumung der Kölner Zone zu beschleunigen.

Das „Kett Journal“ will erfahren haben, es entspreche nicht den Tatsachen, daß über die Frage der teilweisen Veröffentlichung des Berichts der Interalliierten Militärkontrollkommission über die Entwaffnung Deutschlands bereits eine Einigung zwischen London und Paris erzielt sei. Der beste Beweis, daß in dieser Frage weder ein Einverständnis erfolgt sei, noch unmittelbar bevorstehe, sei, daß die Vorkonferenz, die am Mittwoch zusammentreten sollte, noch nicht den Tag ihrer nächsten Sitzung bestimmt habe. Vielleicht werde die Sitzung am Samstag stattfinden; aber es sei wahrscheinlich, daß man sie auf kommenden Donnerstag vertragen werde. Der Sachverständigenbericht trage einen technischen Charakter und sei nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Er möge, wenn er veröffentlicht werde, einer Revision unterzogen werden, und es müßten aus ihm die Dokumente, die einen zu technischen Charakter tragen, entfernt werden.

Die nächste Völkerbundstagung

Im Auftrage des gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundes, Außenminister L. G. Baer, hat der Generalsekretär Sir Eric Drummond die nächste Völkerbundstagung auf Montag, den 7. September 1925 nach Genf einberufen. Auf der Tagesordnung dieser Vollversammlung stehen hauptsächlich folgende Fragen: Das Genfer Protokoll betreffend die schiedsrichterliche Regelung internationaler Konflikte, der Geschäftsbericht über die seit September 1924 vom Völkerbundsrat und Völkerbundsekretariat geleisteten Arbeiten, das unter den Auspizien des Völkerbundes vorgenommene Sanierungswerk in Oesterreich und Ungarn, die endgültige Erledigung der Haushaltsrechnung für 1924 und die Festsetzung des Voranschlags für 1926, die Neuordnung der Verteilung der Kosten des Völkerbundes unter die Mitgliedsstaaten, eine bedeutende Erhöhung der Kredite für den Bau eines Versammlungsgeländes für die Völkerbundstagung, die Feststellung der Zahl der nichtständigen Mitglieder des Völkerbundsrates und schließlich die Prüfung eventuell einlaufender Gesuche um Aufnahme in den Völkerbund.

Aufhebung des Bismarckzwanges mit Oesterreich. Über die Verhandlungen wegen Aufhebung des Bismarckzwanges im Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich, wozu sich der Gesandte in Berlin, Riedl, nach München begab, verlautet von gut unterrichteter Wiener Seite, daß die Schwierigkeiten lediglich in der Frage der Gebühren lägen. Oesterreich könne auf diese Gebühren, die im Budget namhafte Altposten bilden, nicht verzichten. Im übrigen sei man zu jedem Entgegenkommen bereit.

Gegen die Verhinderung in der Schule. Nach einer Meldung aus Weimar wendet sich die thüringische Regierung gegen die kommunistische Werbetätigkeit in den Schulen. Gegen Lehrer, die die kommunistische Werbetätigkeit in der Schule in irgend einer Form begünstigen, ist Disziplinarbestrafung vorgesehen. Auch außerhalb der Schulen ist den Schülern jede kommunistische Tätigkeit untersagt. Gegen Zuwiderhandlungen treten Schulstrafen ein.

Die Einweihung des Deutschen Museums in München

Der Festzug

Am Dienstag nachmittag bewegte sich der große 1 1/2 Stunden lange Festzug durch die Straßen Münchens, die Fahnen schwind angelegt hatten. Von der Mittagsstunde ab ruhte in allen Geschäften, in den Großbetrieben und den Werkstätten die Arbeit. Den Festzug eröffneten Fanfarenbläser zu Pferde. In allegorischen Darstellungen folgten in künstlerischer Ausstattung Festwagen mit Darstellungen über den Verkehr, die Farbentechnik, Elektrizität, Elemente der alten Welt, denen sich die Münchener Gewerbegebiete in ihrer historischen Aufmachung und farbenreichen Gestaltung anschlossen. Den Abschluß des Festzuges, der überall mit Jubel und Begeisterung empfangen wurde, bildeten buntebewegte Fahngruppen der Münchener Vereine. Während des Durchzugs durch die Straßen kreuzten über der Stadt die Flugzeuge und ludigen in ihrer Art dem Festzug zu Ehren des Deutschen Museums und ihres Schöpfers.

Ein Frühstück, gegeben von der Reichsregierung

Bei dem Frühstück, das die Reichsregierung am Mittwoch anlässlich der Einweihung des Deutschen Museums in dem aus dem 15. Jahrhundert stammenden Saale des alten Münchener Rathauses gab, ergriff der Reichsstatler Dr. Luther das Wort. Er habe in dem Festzug, dem modernen Verkehrsmittel ein Bild des Reiches erblickt. In den beiden Flügeln, die das Flugzeug bestehe, sehe er auf der einen Seite das Reich in seiner Gesamtheit. Die andere Tragfläche seien die Länder. Wenn man sorgfältig die Struktur der Tragfläche betrachte, so erblicke man hinter den Ländern die Städte und Gemeinden. Ebenso wie die Technik des Flugzeugbaues machte auch die Konstruktion des Reiches Fortschritte. Heute sei man zum verspannungslosen System gekommen. Es gebe nur noch eine innere konstruktive Kraft, die die Tragfläche nach beiden Seiten halte. Das komme ihm wie ein Bild der Geschichte des deutschen Volkes und Staates vor, da in langer Lebenszeit der innere Zusammenhang des deutschen Volkes durch Drahtverspannungen gebildet werden müßte. Jetzt sei es aber zum verspannungslosen System übergegangen, zum inneren konstruktiven Zusammenhang. Auf diesem inneren Zusammenhang beruhe die Kraft des deutschen Volkes.

Ausführung des Deutschen Museums

Die Sitzung des Ausschusses des Deutschen Museums im Odeon, mit welcher die eigentlichen Einweihungsfeierlichkeiten ihren Anfang nahmen, gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung des Dankes und der Verehrung für den genialen Schöpfer des Deutschen Museums, Dr. Oskar v. Miller. In einer Fülle von Ansprachen wurde der Gefeierte anlässlich seines 70. Geburtstages und wegen des von ihm geschaffenen Werkes geehrt. — Für die Stadt München, die Behälterin des Deutschen Museums, gratulierte der Bürgermeister Scharnagl. Zum Zeichen des unauflöslichen Dankes überreichte er Dr. Oskar v. Miller unter erneuertem Beifall der Versammlung, die goldene Bürgermedaille. Die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München hat Oskar v. Miller zum Ehren doktor ernannt. Ferner empfing v. Miller aus den Händen des Geheimrats Klingmann, in Vertretung des Geheimrats Deutsch die Goldene Nathenau-Medaille. Auch verschiedene ausländische Körperschaften entboten dem Deutschen Museum und seinem Schöpfer herzliche Grüße, u. a. Oesterreich, Ungarn, England, Amerika, Schweden, die Schweiz und Holland. Der bayerische Kultusminister teilte mit, daß die bayerische Staatsregierung einen Ehrenring mit dem bayerischen Staatswappen gestiftet habe, der zur Erinnerung an die Eröffnung des Deutschen Museums an Förderer des Deutschen Museums verliehen werden solle. Herr von Miller beabsichtigt die bayerische Staatsregierung zugleich mit den besten Gläubigern zu seinem 70. Geburtstage einen Ehrenring in besonderer Ausstattung mit einer kunstvoll gefertigten Urkunde darzubringen. Den Reigen der Ansprachen im Odeon eröffnete der Vorsitzende des Ausschusses Prof. Dr. Wien-München. Er dankte allen denen, die an dem Gelingen des Werkes mitgeholfen, der Reichsregierung, den Regierungen der Länder, der Stadt München und den Förderern auf dem Gebiete der Industrie, der Technik und der Wissenschaft. Weiter sprach u. a. das Vorstandsmitglied Krupp v. Bohlen u. Holbach, der Rektor der Universität München, Prof. Dr. Werner, Professor Deubusch im Auftrage der deutschen Hochschulen, sowie der Hochschulen von Danzig, Wien und Prag, der Vorsitzende des schweizerischen Landesmuseums in Zürich, Professor Lehmann.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete das Vorstandsmitglied Dr. v. End über die Auffstellung von Denkmälern im Ehrensaal des Museums. Zum Vorsitzenden des Vorstands wurde für das neue Geschäftsjahr wurde Dr. Karl Friedrich v. Siemens-Berlin gewählt. Nach weiteren Wahlen zum Vorstand und Ernennung zu Ehrenmitgliedern sprach der Präsident des Reichstages, Löbe, der bayerische Landtagspräsident Königsauer, der bayerische Kultusminister Dr. Matt und der Reichsminister des Innern Dr. Schiele.

Reichsminister v. Schiele bezeichnete das Deutsche Museum als eine Hochschule für die deutsche Arbeit in der Vergangenheit und als eine Erziehungsstätte für den Geist der Zukunft, eine Verkörperung deutschen Wesens. Der Minister sprach dem Schöpfer des Deutschen Museums den Dank der Reichsregierung aus und gab bekannt, daß die Reichsregierung mit dem Kapital von 100 000 Mk. und dem Sitz in München eine Oskar von Miller-Stiftung errichte, deren Vorsitz Herr von Miller anvertraut werde und deren Zinsen zur Pflege des technischen Studiums, in erster Linie aber der Ermöglichung des Besuches des Deutschen Museums durch befähigte Studenten, Handwerker und Arbeiter dienen solle.

Ein Festabend der Stadt München

Einer guten alten Münchener Tradition folgend, lud die Stadt München am Mittwoch Abend etwa 2000 Gäste aus aller Welt zu einem Begrüßungsabend in die neubauartige riesige Luftfahrthalle der Verkehrsausstellung München 1925 auf der Theresienhöhe, ein, wobei die Münchener Künstlergesellschaft ihr Bestes gab, um ihn zu einem bleibenden Erinnerungsfest für die Gäste und zugleich zu einem Ehrenabend für den Schöpfer des Deutschen Museums, Oskar von Miller, zu machen. Mit dem Gefeierten war der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, Reichsstatler Dr. Luther mit den übrigen Herren des Reichskabinetts, das bayerische gesamte Staatsministerium und sonst alles, was Namen und Würden hat, erschienen. Im originellen, farbenreichen Anzug, an dem etwa 400 Personen mitwirkten, huldigten Gruppen und Lizen aus dem Oberland, solche aus der Weidmeyerzeit dem verdienten Schöpfer des großen Werkes und gratulierten ihm zu seinem 70. Geburtstag in Festsprüchen, Kinderliedern, Kinderreigen, Volkstänzen und sinnigen Liedern. Ein lustiger Hochzeitszug mit Wandertanz gab dem Abend seinen fröhlichen Ausklang.

Kurze Nachrichten

Die französischen Municipalwahlen. Die Parteien beschäftigten sich mit der Parole für die am kommenden Sonntag stattfindenden Municipalwahlen. Die Kommunisten haben in Lille ihre Kandidaten zugunsten der Sozialisten zurückgezogen und in Paris bei 31 Stichwahlen nur 6 eigene Kandidaten aufrecht erhalten; in den übrigen Wahlbezirken jedoch ihre Anhänger aufgeföhrt, zugunsten der Kandidaten des Kartells der Linken, hauptsächlich zugunsten der Sozialisten zurückzutreten.

Die italienischen Schulbücher. Der Inhaber der Goldenen Tapferkeitsmedaille, Abg. Rossi Garziano, richtete, wie aus Rom gemeldet wird, an den Unterrichtsminister eine Anfrage wegen der in den italienischen Schulen benutzten französischen Lehrbücher. In diesen Büchern werde für Frankreich Propaganda gemacht und gegen Deutschland das Gefühl, der Abgeordnete verlangt die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Lehrbücher.

Russisch-weltliche Agitation in Italien. Im italienischen Senat wurde eine Anfrage eingebracht, betreffend der in der letzten Zeit von den Wätern berichteten Tätigkeit russischer Agenten in Italien, die trotz Ablehnung der russischen Botschaft sich unter Anleitung der 3. Internationale von Moskau aus immer mehr fühlbar mache.

Keine Veränderungen in der sowjetrussischen Diktatur. Die russische Telegrafagentur teilt mit: Die in der auswärtigen Presse verbreiteten Gerüchte über den Austritt Sinowjew als Vorsitzender der Exekutive der kommunistischen Internationale und seine angebliche Ersetzung durch Kamenew entbehre jeder Grundlage. Vollständig grundlos sind auch die Meldungen über die Bildung eines Direktoriums. In den letzten Regierungorganen der Sowjetunion ist in der letzten Zeit keine Veränderung eingetreten.

Mitfall. Nach einer Timesmeldung aus Tanger teilten Mitglieder der Familie Mitfall dem Berichterstatter des Blattes mit, daß Mitfall in Adir, dem Hauptquartier Abd-el-Krims im Rifgebiet, vor etwa zwei Wochen gestorben sei. Der Berichterstatter bemerkt, es scheint kein Zweifel zu bestehen, daß die berühmte Gestalt von der marrokanischen Bühne verschwunden sei.

Der neuen Birren in Nordchina. Neuer meldet aus Peking: Nach den vorliegenden Berichten droht der Ausbruch neuer Feindseligkeiten zwischen Marßall Tschangschin, der Ostchina von Mukden bis Schanghai beherrscht, und dem sogenannten christlichen General Fung Yu Siang.

Badischer Teil

Die Neuorganisation des Gewerbe- und Handelsschulwesens

Nummer 20 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblatts bringt die Neuorganisation des Gewerbe- und Handelsschulwesens in der Verordnung des Staatsministeriums vom 18. April 1925 über die Einrichtung der Fachschulen. Die zum Vollzug des Gesetzes vom 13. August 1904 (Neufassung vom 6. März 1924) erlassenen Landesherlichen Verordnung vom 20. Juli 1907 über die Handelsschulen und über die Gewerbeschulen treten gleichzeitig außer Wirksamkeit. Diese Verordnungen beschränken sich auf die Regelung der Verhältnisse der Handels- und Gewerbeschulen als Pflichtschulen und bieten für die Erweiterung, die das Fachschulwesen im letzten Jahrzehnt durch Errichtung von Höheren Handelsschulen und Höheren Gewerbeschulen (Fachschulen mit Ganztagsunterricht) erfahren hat, nicht mehr die genügende Unterlage.

Entsprechend der gezielten Zusammenfassung der Gewerbeschulen und der Handelsschulen unter den gemeinsamen Begriff der Fachschulen regelt die neue Verordnung die Verhältnisse der beiden Schularten auf einer gemeinsamen Grundlage und schafft die Möglichkeit zum Weiterausbau. Die Fachschulen werden in vier Gruppen gegliedert, in Gewerbeschulen, Höhere Gewerbeschulen, Handelschulen und Höhere Handelsschulen. Als solche können errichtet werden: 1. die einjährige Höhere Handelsschule für junge Leute mit einer Allgemeinbildung, wie sie durch den erfolgreichen Besuch der sechsten Klasse einer Höheren Lehranstalt erworben wird; 2. die zweijährige Höhere Handelsschule für solche, die der Volksschulpflicht genügt haben und Vorkenntnisse in einer Fremdsprache besitzen; 3. die dreijährige, mit einer Reifeprüfung abschließende Oberhandelschule für Schüler mit der unter 1. bezeichneten Vorbildung.

Eine 4. Möglichkeit, nämlich die auf das sechste Schuljahr der Volksschule ausbauende zweijährige Handelsschule, ist in Baden nicht zur Wirklichkeit geworden. An deren Stelle werden künftig für den Eintritt in die zweijährige Höhere Handelsschule Vorkenntnisse in einer Fremdsprache verlangt, die durch Teilnahme an fremdsprachlichen Fachkursen der Handelsschule erworben werden können, sofern nicht an der Volksschule selbst eine entsprechende Einrichtung besteht, oder die Schüler auf einer Höheren Lehranstalt vorgebildet werden. Eltern, die ihre Kinder in die zweijährige Höhere Handelsschule zu schicken beabsichtigen, ist zu empfehlen, rechtzeitig für eine womöglich zweijährige (also während des sechsten und achten Volksschuljahrs) fremdsprachliche Vorschulung zu sorgen. Die Oberhandelschule bringt die Lösung der Frage der Vorbildung für alle nach wirtschaftlichen Grundfächer eingestellten Berufe in neuer Form. Die Handelsschulen und Handelsberufsschulen suchen die wirtschaftliche Vorbildung innerhalb der anders gearteten Organisation und im Rahmen des Bezweckes einer Höheren Lehranstalt zu erreichen und haben infolgedessen nur ein Zehntel bis höchstens ein Viertel der Gesamtwochenstunden in den betreffenden Klassen, also zu wenig für die kaufmännische Schulung zur Verfügung. Die Oberhandelschule dagegen baut auf einer ausreichenden Grundlage der Allgemeinbildung auf und führt diese mit etwa einem Drittel der Unterrichtszeit weiter. Reichlich zwei Drittel können der wirtschaftlichen

Ausbildung gewidmet und so wirklich brauchbare Kräfte für die gehobenen Berufe im Wirtschaftsleben oder das wirtschaftswissenschaftliche Studium an einer Hochschule vorgebildet werden.

Ermahnt sei noch die Einführung der allgemein bildenden Fächer Religion, Deutsch und Staatskunde in den Gewerbe- und Handelsschulen. Während die Lehrpläne bisher fast ausschließlich auf die Kulturkreise der Lebenserhaltung — Technik und Wirtschaft — eingestellt waren, öffnen sie künftig dem angehenden Handwerker oder Kaufmann auch die der Lebenserhöhung dienenden Gebiete des Menschen, Volks- und Bürgerturns.

Auf der Grundlage der vorliegenden Regelung kann das badische Fachschulwesen wohlgerüstet an die neuen großen Aufgaben herantreten, die ihm in bezug auf den Wiederaufbau unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erwachsen.

Badischer Landtag

DJ. Karlsruhe, 6. Mai.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Räger (Zentr.) über einen Gesetzentwurf, der die Forterhebung

der Verzugszuschläge für verpätete Zahlung aus der Grund- und Gewerbesteuer

solange gestattet, als sie auch vom Reiche erhoben werden. Abg. Dr. Mattes (D. Rp.) hält ein dringendes Bedürfnis für die Wiedereinführung der Verzugszuschläge in Baden nicht für gegeben.

Der Abg. Bod (Komm.) sieht einen Widerspruch darin, bei der Reichsregierung auf Befreiung der Verzugszuschläge hinzuwirken zu wollen und sie gleichwohl in Baden erneut gesetzlich festzulegen. Es würden allenfalls nur die kleinen Steuerzahler getroffen.

Abg. Räger (Zentr.) hält eine Übereinstimmung im Vorgehen von Reich und Ländern für geboten. Im übrigen ist auch er für den Abbau der Zuschläge, zumal die Spanne zwischen Verzugs- und Konjunkturs heute kaum mehr ins Gewicht fällt.

Abg. von Au (Landbund) ist der Meinung, daß die Zuschläge für die Staatskasse praktisch nichts bedeuten.

Abg. Freudenberg (Dem.) erklärt sich für die Vorlage, um zu verhindern, daß die Landes- und Gemeindesteuern etwa hinter dem Eingang der Reichsteuern zurückbleiben.

Ihm pflichtet der Abg. Marum (Soz.) bei, der bemerkt, daß gegenüber fäunigen Steuerzahlern Nachsicht nicht am Platze sei, wo dem Großteil der deutschen Bevölkerung am Tage der Fälligkeit die Steuer vom Lohn und Gehalt abgezogen wird.

Abg. Räger (Zentr.) verweist auf die Möglichkeit der Steuerentbindung.

Abg. von Au (Landbund) entgegnet dem Abg. Marum, daß es heute keine Befreiung gebe, die fast außerhande sind, ihre Steuern zu erwirtschaften.

Es sprechen noch die Abg. Bod (Komm.), Wittmann (Zentr.), und Albiech (Zentr.).

Finanzminister Dr. Köhler erklärt, daß vermieden werden müsse, daß zu viele Termine in einem Monat zusammenfallen. Baden könne nicht Sonderwege gehen, sondern müsse sich nach dem Reiche richten. Wer um die Verzugszuschläge herumkommen wolle, habe die Möglichkeit, ein Stundungsgesuch einzubringen. Im allgemeinen werde in der Steuerbetreibung keineswegs rigoros verfahren.

Abg. Weidmann (Zentr.) verwendet sich für die durch Hagelschlag in Not geratenen Landwirte.

Nach kurzen Schlussworten des Berichterstatters wird die Vorlage in beiden Lesungen mit 36 gegen 16 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Regierung wird außerdem ersucht, bei der Reichsregierung auf Befreiung der Verzugszuschläge hinzuwirken.

Abg. Marum (Soz.) erstattet namens des Haushaltsausschusses Bericht über die Regierungsvorlage betreffend Aufnahme eines

Anlehens von 10 Millionen Reichsmark für Zwecke des Badenwerks.

Darlehensgeber ist die Reichspost.

Abg. Dr. Mattes (D. Rp.) hätte gewünscht, daß eine genauere Prüfung der Unterlagen möglich gewesen wäre, stimmt aber gleichwohl der Vorlage zu.

Finanzminister Dr. Köhler bemerkt, der Redner sei im Irrtum, wenn er glaubt, daß das Badenwerk eine Domäne der Koalitionsparteien sei. Im Ausschussrat sähen auch andere Leute. Die Form der Aktiengesellschaft erweise sich für Unternehmungen, wie das Badenwerk, wesentlich besser wie der reine Staatsbetrieb. Soweit es angängig sei, würde die Öffentlichkeit unterrichtet. Es geht aber nicht an, den Geschäftsbetrieb einer Aktiengesellschaft bis ins einzelne zu sezieren. Das Badenwerk würde auch in diesem Falle gut bestehen.

Angesichts der kulturellen Bedeutung des Badenwerkes stimmen auch die Abg. Bod (Komm.), D. Mayer (Dnl.) und Klüber (Landbund) der Vorlage zu, die beiden letzteren unter gewissen Einschränkungen.

Abg. Freudenberg (Dem.) rühmt die großzügige Politik des Badenwerkes seit seiner Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Man möge zu Direktion und Aufsichtsrat das Vertrauen haben, daß sie nur das Beste des Landes wollen.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters fand die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmige Annahme.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet darauf namens des Haushaltsausschusses über den Antrag des Staatsministeriums wegen Vorwegbewilligung der im nächsten Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1924/25 angufordernden

Mittel für den Wohnungsbau.

Es handelt sich um folgende Beträge: 400 000 M. für Arbeitsgeberdarlehen für Beamte und Arbeiter des Staates, 100 000 M. für Arbeitsgeberdarlehen für abgebaute Beamte des Staates und 500 000 M. zur Gewährung von Kommunalförderdarlehen, somit um einen Gesamtbetrag von 1 Million M.

Nachdem sich Abg. Bod (Komm.) dafür eingesetzt hatte, daß im Nachtrag auch größere Mittel zur Förderung des Kleinwohnungsbaues im allgemeinen ausgemerzt werden, wurde dem Antrag des Staatsministeriums einstimmig stattgegeben.

Abg. Hagin (Landbund) begründet eine förmliche Anfrage betr.

Die Postverhältnisse auf dem Lande.

Er will sie auf den Vorkriegszustand zurückgeführt wissen und wendet sich dagegen, daß die Poststellen in den ländlichen Mitteln der Gemeinden erhalten werden sollen. Die Zustellung der Post auf dem Lande werde heute in ungläublicher Weise verzögert. In einem Augenblick, wo die Postbehörde mit großen Überhätten arbeite, sollte man erwarten, daß sie auch auf die Bedürfnisse des platten Landes gebührend Rücksicht nimmt und die dort herrschende Erbit-

terung aus der Welt schafft. Möge die Regierung in Berlin mit allem Nachdruck in diesem Sinne vorstellig werden.

Da der zuständige Ministeriale Referent erkrankt ist, muß die Beantwortung ausgesetzt werden.

Nach Erledigung verschiedener Gesuche persönlicher Natur, vertagte sich das Haus auf Donnerstag Vormittag 9 Uhr.

Schluss nach 1/8 Uhr.

DJ. Karlsruhe, den 7. Mai 1925

In der heutigen Vormittags-Sitzung beantwortet Oberregierungsrat Seeger die förmliche Anfrage wegen Verbesserung der

Postverhältnisse auf dem Lande:

Die Regierung ist im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 5. Febr. d. J. beim Reichspostministerium vorstellig geworden, eine Antwort aber noch nicht erfolgt. Ein weiterer Abbau von Postagenturen und -Hilfsstellen hat nicht stattgefunden; wohl aber ist die Agentur Tiefenstein im Bezirk Konstanz in eine Postanstalt mit Vollbetrieb umgewandelt worden. Inzwischen haben bei der Beratung des Postetats im Haushaltsausschuss des Reichstages der Reichspostminister wie auch der Verwaltungsrat der Reichspost zu erkennen gegeben, daß sie gewillt sind, den Verkehrsbedürfnissen auf dem Lande nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, selbst wenn eine Rentabilität nicht in Frage kommt.

In der Aussprache wird von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Postverhältnisse auf dem Lande nach wie vor außerordentlich schlecht sind. Die Zustellung der Briefe, Zeitungen und Pakete lasse oft tagelang auf sich warten. Der Bevölkerung erwächst dadurch ein beträchtlicher wirtschaftlicher Schaden. Auf der anderen Seite ist das Postpersonal überlastet.

Es muß schnellstens Abhilfe geschaffen werden und die Regierung darf nicht ruhen, bis Berlin den im ganzen Lande auftretenden Beschwerden Gehör geschenkt hat.

Zu dem Gegenstand äußern sich die Abg. Martin (Zentr.), Schweiler (Soz.), Fischer-Unterlauringen (Zentr.), Bod (Komm.) — der die Postzustellung für die Badenweiler-Sanatorien bemängelt —, D. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.), Gerste (Landbund), Gähler (Komm.), Gügle (Dem.), Schill (Zentr.), Goerlacher (Zentr.), Dr. Schöfer (Zentr.) und Schön (Dem.), sowie der Interpellant Hagin (Landbund). Alleis wird erwartet, daß es nicht bei dem Wohlwollen der Post allein bleibt. Es müßten mehr Kräfte eingestellt werden. Auch sollte man davon abkommen, die Gemeinden zu den Kosten heranzuziehen. Von den Rednern angeführte Beispiele beleuchten trag die unhaltbaren Zustände. Hier werde Sparsamkeit am falschen Platze getrieben. Es gehe nicht an, Stadt und Land mit zweierlei Maß zu messen und diesem die kulturellen Einrichtungen der Post vorzuenthalten.

Daß ein einstimmig gefasster Beschluß des Landtags von einer Reichsbehörde ignoriert werde, müsse zum schärfsten Widerspruch herausfordern. Hier sollten die badischen Reichstagsabgeordneten endlich ein deutliches Wort sprechen. Schwere Nachteile, z. B. bei Krankheits- und Unglücksfällen, hätten die Telefonperrstunden zur Tag- und Nachtzeit im Gefolge. Besonders bemängelt wird die Haltung der Oberpostdirektion Konstanz, die im Gegensatz zur Oberpostdirektion Karlsruhe die Sonntagsbestellung auf dem Lande aufgehoben hat. Nun komme es vor, daß zweimal 24 Stunden vergehen, ehe man in den Besitz der nächsten Post gelangt.

Das Ergebnis der Aussprache ist die einstimmige Annahme folgenden Antrages:

„Die Regierung wird ersucht, bei der Reichspostverwaltung erneut dringend vorstellig zu werden, daß endlich die Postverhältnisse auf dem Lande wenigstens wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht werden. Insbesondere soll die Zustellung der Postfächer auf dem Lande wieder zweimal täglich erfolgen. Ramentlich wolle unerbüßlich dafür Sorge getragen werden, daß im Oberpostdirektionsbezirk Konstanz auf den Landgemeinden an Sonntagen wieder die Post zugestellt wird. Schließlich erwartet der Landtag die Durchführung des Anfallsbedienstetes im ganzen Lande.“

Es folgt die Erledigung von Gesuchen

persönlicher Natur. Längere Auseinandersetzungen knüpfen sich an die Eingabe des Landwirts Weizenecker in Dundenheim um Rechtshilfe, wozu der Geschäftsausschuss Übergang zur Tagesordnung beantragt. Es handelt sich um einen mit dem Gebäudeversicherungsbeitrag rückständigen Mann, der dem Pfändungsbeamten Widerstand geleistet hat und dafür bestraft wurde.

Abg. Wittmann (Ztr.) bemerkt, daß nach der Verfassung der Ausschuss sich mit dem Gesuch eigentlich nicht beschäftigen durfte, da es nicht den Instanzenweg eingehalten habe.

Abg. Bod (Komm.) wendet sich gegen diese Auffassung. Abg. Fischer-Weizenecker (Dnl.) tritt für schonende Behandlung des Gesuchstellers ein.

Justizminister Trunt legt den Sachverhalt dar und betont, daß die Vollzugsbeamten unbedingt geschützt werden müssen. Weizenecker habe sich bis heute nicht fühnmäßig gezeigt und noch keinen Pfennig bezahlt, trotzdem ihm Malenzahlung von 5 M. gewährt war. Die Gemeindebehörde selbst hat erklärt, daß ein Nachschuß bei W. unangebracht sei. Gätte W. die eine oder andere Rate geleistet, so hätte sich auch über ein Gnadeneweis reden lassen. Im übrigen pflichtet der Minister dem Standpunkt des Abg. Wittmann über die verfassungsmäßige Behandlung der Frage zu.

An dem weiteren lebhaften Für und Wider beteiligen sich die Abg. Schön (Dem.), Bod (Komm.), Wittmann (Ztr.), v. Au (Landbund), D. Mayer-Karlsruhe (Dnl.) und Dr. Glöckner (Dem.) und Räger (Ztr.).

Endlich beschließt das Haus bei 3 Stimmenthaltungen Übergang zur Tagesordnung, da der Bericht es bisher unterlassen hat, sich an das Justiz-, bezw. Staatsministerium zu wenden.

Eine Reihe weiterer Gesuche werden ohne Debatte gemäß den Ausschussbeschlüssen erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung unbestimmt. Inzwischen sollen die Ausschüsse tagen. Schluss 1/1 Uhr.

Der Bad. Landtag wird heute nachmittag 4 Uhr die Gewerbe- und Industrieausstellung in der städt. Ausstellungshalle beschließen und abends die Vorstellung im Landestheater besuchen.

Eingänge

Der Verkehrsverein Karlsruhe macht in einer Eingabe die Erhaltung der Klosterkirche Frauenalb zum Gegenstand der Erörterung. — Die Bad. Landwirtschaftskammer tritt in einer Petition für die Befreiung der Landwirtschaft von der Gebäudebesondersteuer ein. Verschiedene Gesuche, so des Bad. Beamtenbundes, der Vereins praktischer Tierärzte Badens, des Vereins Bad. Geometer, des Vereins Bad. Schulaufsichtsberechtigten und der Vereinigung der Turnlehrer- und Lehrerinnen Badens beziehen sich auf die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse. — Der Bad. Städtebund wünscht die Änderung der badischen Ausführungsverordnung vom 29. März 1924 zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht.

Aus der Landeshauptstadt

Keine Behinderung des Straßenverkehrs. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß durch Gruppen meist halb-wüchsiger Burschen auf Straßen, Plätzen und Gehwegen der Stadt der Verkehr gehemmt und Vorübergehende belästigt wurden. Die Polizeidirektion Karlsruhe weist daher erneut darauf hin, daß es nach den Bestimmungen der städtischen Straßenpolizeiordnung verboten ist, durch Stehenbleiben ohne zwingenden Grund und Gruppenbildung den Verkehr zu hindern und dadurch Vorübergehende zu belästigen. Die Polizeibeamten sind zu energischem Einschreiten angewiesen. Zuwiderhandelnde werden zur Anzeige gebracht und mit empfindlichen Geldstrafen belegt.

Sängertag. Der Süddeutsche Buchdruckerfängerbund hält Pfingsten nach langer, durch den Krieg verursachter Pause hier seinen zweiten Sängertag ab. In Verbindung damit wird am 2. Pfingsttag ein historischer Festzug, der die Entwicklungsgeschichte der Buchdruckerkunst in reich geschmückten Gruppenwagen vorführen wird, stattfinden.

Der Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs durch Eröffnung einer festen Rheinbrücke bei Maxau veranstaltet am kommenden Sonntag (9. Mai) im Saalbau in Neustadt a. d. Hardt seine 5. ordentliche Mitgliederversammlung, zu der auch die badische und die pfälzische Regierung sowie die Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Ludwigshafen sowie die in betracht kommenden Reichstags- und Landtagsabgeordneten eingeladen worden sind. Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird das Maxauer Brückenbauprojekt stehen.

Vorausichtliche Witterung für Freitag: Teilweise heiter, nur schwache Gewitterneigung, etwas wärmer, mäßige, südliche bis südwestliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

St. Heidelberg, 6. Mai. In der vergangenen Nacht brach in der ehemaligen Lumpenfabrik von Meis in der Körnerstraße, die schon vor zwei Jahrzehnten vollkommen abgebrannt und dann wieder aufgebaut worden war, und nun verschiedenen Fabrikfirmen als Fabrikations- und Lagerraum diente, ein Brand aus, der schnell um sich griff. Trotzdem die Feuerwehr mit großer Energie die Wut des Feuers zu bekämpfen suchte, brannte das Hauptgebäude doch vollständig nieder. Das anfangs stark gefährdete Hintergebäude mit Privatwohnungen konnte gerettet werden. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt. Der Schaden wird auf circa 200 000 Mark geschätzt, der durch Versicherung gedeckt ist.

St. Karlsruhe, 7. Mai. Die endgültige Inbetriebnahme der nun fertiggestellten Städtischen Karlsruher Kanal bei Karlsruhe wird in etwa 14 Tagen erfolgen, so daß zum Ende Mai der Betrieb auf den Kanal umgeleitet wird.

St. Gaggenau (Murgtal), 5. Mai. Gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr vergnügten sich drei junge Burschen aus Gaggenau damit, den 5-Uhr-Bus zu gefährden, indem sie zwischen Notensfeld und Bischofsweiler Holzstangen über die Gleise und große Steine auf die Schienen legten. Die Lokomotive des betreffenden Zuges fuhr auf das Hindernis auf und sprang in die Höhe. Der Führer konnte aber noch Gegendampf geben, so daß ein großes Unglück verhütet wurde. Nach Beseitigung des Hindernisses konnte der Zug weiterfahren. — Der Gendarmerie gelang es nach unermüdeten Nachforschungen, die Täter ausfindig zu machen, die wohl einer empfindlichen Strafe entgegenzusehen werden.

St. Emmendingen, 1. Mai. In dem dieser Tage hier im Alter von 37 Jahren verstorbenen praktischen Arzt Dr. Wilhelm ist der Leibarzt des ehemaligen deutschen Kronprinzen während der Kriegsjahre 1914/18 dahingegangen. Der Kronprinz hat den Hinterbliebenen ein Beileidstelegramm gesandt.

St. Freiburg i. Br., 5. Mai. Der frühere Leiter des Landesgefängnisses, Geheimrat und Oberstleutnant a. D. Kopp ist hier im Alter von 73 Jahren gestorben. Der Verstorbenen abm als junger Offizier im ehemaligen badischen Leibregiment am 70er Krieg teil und kam dann nach 15-jähriger militärischer Laufbahn in den badischen Strafsdienst, nachdem er als Hauptmann seinen Abschied genommen hatte. Im letztem Amte war der Entschlafene 31 Jahre und zwar in Mannheim, Bruchsal und Freiburg tätig.

St. Konstanz, 6. Mai. Eröffnung der Luftverkehrslinie Frankfurt-Konstanz. Am morgigen 8. Mai wird die neue Luftverkehrsline Frankfurt-Konstanz in Betrieb genommen. Das Flugzeug verläßt Frankfurt um 12.15 Uhr mittags und trifft in Konstanz um 4.15 Uhr nachmittags ein. Das Gegenflugzeug verläßt Konstanz um 10 Uhr morgens und ist um 2 Uhr in Frankfurt. Zwischenlandungen werden ausgeführt in Willingen, Baden-Baden, Karlsruhe und Mannheim.

St. Stuttgart, 6. Mai. Das Große Schöffengericht hat den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Schumacher, Redakteur der „Schwäbischen Tagblatt“ wegen Beleidigung des Staatspräsidenten Baskis durch die Presse zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der württembergische Landtag hatte für diesen Fall die Immunität des Abgeordneten Dr. Schumacher aufgehoben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Mai		6. Mai	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.74	169.16	168.69	169.11
Kopenhagen 100 Kr.	78.94	79.12	79.10	79.28
Italien . . . 100 L.	17.23	17.27	17.26	17.30
London . . . 1 Pf.	20.365	20.405	20.327	20.377
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.765	21.825	21.935	21.995
Schweiz . . . 100 Fr.	81.175	81.375	81.14	81.34
Wien 100 Schilling	59.055	59.07	59.05	59.19
Bras . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

Protest des deutschen Weinbaues. Vertreter sämtlicher deutscher Weinbaugemeinden haben dieser Tage in Bingen a. Rh. die durch den deutsch-spanischen Handelsvertrag in seiner jetzigen Form zu erwartende Einwirkung auf den deutschen Weinbau besprochen und eine Entschärfung gefordert, in der gesagt wird, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag in seiner jetzigen Form abgelehnt werden müsse. Das neuromonarchistische Bestehen des Vertrages habe dem Weinbau schon so große Schäden zugefügt, daß er bereits nahezu verblutet sei.

Verschiedenes

Amundsen's Nordpolexpedition

Nach einer Kopenhagener Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“ berichtet Amundsen drahllos aus Kingsbay (Spitzbergen), daß die beiden Flugzeuge seiner Polarexpedition fahrbereit seien. Die Bitterungsverbältnisse seien günstig. Die beiden Hilfsfahrzeuge der Expedition fahren heute nach Norden, um einen geeigneten Start- und Landungsplatz entweder auf dem Eisrande oder auf dem Vorbeis zu suchen. Sobald er gefunden sei, würden sich die beiden Flugzeuge dorthin begeben. Der Flug nach dem Startplatz werde der eigentliche Probestieg sein. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, beabsichtigt Amundsen am Mittwoch nächster Woche zum Nordpol zu starten.

Hungernot in China

St. Shanghai, 7. Mai. In der Provinz Kweichow herrscht Hungernot. Die Einwohner ernähren sich von Wurzeln und verlaufen ihre Kinder gegen Reis. Katholische Missionare berichten von Fällen von Kannibalismus.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Zum Gipfel der Welt

Verlängert bis heute und Freitag, jeweils abds. 8 Uhr

Siehe Anschlagssäule

Fabrikgebäude

in Baden-Baden, Nähe des Bahnhofs gelegen, mit 5000 qm großem Terrain, zu jeder Fabrikation — auch als Lagerraum geeignet — große trockene Keller und elektrische Kraftanlage vorhanden

zu vermieten.

Event. Beteiligung des Eigentümers an industriellem Unternehmen nicht ausgeschlossen. 4-5-Zimmerwohnung kann eingerichtet werden.

Anfragen sub **K. B. 4036** an **Rudolf Woffe** (Buchhandlung Wild) Baden-Baden. E. 342

Geschäftsführers

des öffentlichen Arbeitsnachweises Heidelberg ist neu zu besetzen.

Aber die Voraussetzungen, unter denen die erforderliche Sachkenntnis der Geschäftsführer von Arbeitsnachweisen als gegeben anzusehen ist, sind unter dem 17. November 1922 vom Präsidenten des Reichsamts für Arbeitsvermittlung Grundzüge aufgestellt und im Reichsarbeitsblatt (M. F.) Jahrgang 22, Nr. 22, S. 674 veröffentlicht worden.

Anstellung erfolgt zunächst auf Probefrist mit dem Zweck, die Bezüge aus Gruppe X der Stadtbevollmächtigten zu besetzen.

Werber, welche die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllen, wollen unter Vorlage der entsprechenden Nachweise ihre Gesuche schriftlich bis spätestens 15. ds. Mts. an den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses des Arbeitsnachweises Heidelberg — Rathaus — einzureichen. E. 338

Straßenperre betr.

Auf nachstehenden Straßenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe wird der Verkehr mit Fußwegen aller Art zwecks Herstellung neuer Straßenbeden während der beigesetzten Zeiten gesperrt:

a) Landstraße Nr. 19, Karlsruhe-Leopoldshafen, Km. 2,500 bis 4,000 und Km. 5,000 bis 6,168 d. i. zwischen Schützenhaus und Landstraße 2, Mannheim-Neckl, in der Zeit vom 8. bis 26. Mai ds. J.

b) Landstraße Nr. 79, Karlsruhe-Maxau, Km. 0,850 bis 1,650, d. i. zwischen Mählsburg und Stielingen in der Zeit vom 28. Mai bis 8. Juni d. J.

Keinere Verschiebungen in der Zeit der Eindeckung der Straßen können erforderlich werden. Zutreffendfalls nimmt die Straßenperre ihren Anfang mit dem Tag der tatsächlichen Arbeitsbeginns und endet am Tage der Fertigstellung der betreffenden Straßenstrecke. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 366 Ziff. 10 R. Str. G. B. mit Geld bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 6. Mai 1925. O. 3. 58
Bezirksamt Abt. IIa.

Zuverlässiges, eheliches **Mädchen**

welches alle Hausarbeiten versteht und etwas kochen kann für **sofort** oder **15. Mai** bei hohem Lohn gesucht. E. 334

Wegerei Lehmann, Königsfeld (Schwarzwald).

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

A. 624. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Otto Huber in Karlsruhe, Kaiserstraße 235, wurde heute am 6. Mai 1925, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner mit seinem Antrag auf Konkursöffnung seine Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit dargelegt hat. Der Kaufmann Otto Marx in Karlsruhe, Handelshof, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 6. Juni 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände am **Montag, den 8. Juni 1925, nachmittags 5 Uhr, Zimmer 246,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am **Mittwoch, den 24. Juni 1925, nachmittags 5 Uhr, Zimmer 246.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu beibringen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und

Städtische Sparkasse Offenburg.

Bilanz vom 31. Dezember 1924.

Aktiva.		Passiva.	
1. Darlehen gegen Hypothek	16 000.—	1. Spareinlagen	496 438.96
2. Staatspapiere: Antaufs-wert	42 746.90	2. Einlagen auf Scheck und Girokonto	266 202.20
Kurswert	45 835.75	3. Anleihen	7 100.—
3. Darlehen an öffentliche Korporationen	20 500.—	4. Überhörsene Zinsen	2 937.87
4. Darlehen an Private auf Schuldschein	80 124.98	5. Sicherheitsrücklage I Ende 1923	70 899.18
5. Diskontierte Wechsel	255 808.66	6. Rücklage II für Aufwertung von Spareinlagen	41 966.40
6. Guthaben bei Postsparkasse und Banken täglich abrufbar	94 642.22	7. Reingewinn für 1924	81 262.06
7. Kontokorrent-Kredite, täglich kündbar	440 881.96	Darab an: Sicherheitsrücklage I	53 228.46
8. Sonstige Kapitalanlagen	425.—	Sicherheitsrücklage II	20 000.—
9. Einnahmerückstände: Restzinsen	1 800.63	Rücklage III für Aufwertung von Spareinlagen	8 033.60
Sonstige Rückstände	2 676.50		81 262.06
10. Städtische Zinsen	365.—	Nach diesen Zuweisungen betragen: Die Sicherheitsrücklage I	124 127.64
11. Verwaltungsgebäude (Feuerversicherung)	110 600.—	Die Sicherheitsrücklage II	20 000.—
Steueransatz	110 000.—	Die Rücklage III für Aufwertung	50 000.—
12. Einrichtungsgegenstände	1.—		194 127.64
13. Kassenbestand am Jahreschluß	10 232.52		966 806.67
	966 806.67		

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.		Haben.	
1. Zinsen aus Verbindlichkeiten	34 848.92	1. Zinsen aus Forderungen	97 230.58
2. Verwaltungskosten a) auf das Verwaltungsgebäude	2 797.21	2. Einnahmen aus dem Verwaltungsgebäude	2 679.21
b) persönliche	56 871.67	3. Gebühren, Provisionen und sonstige Einnahmen	92 929.94
c) sachliche	16 064.46	4. Kursgewinn	47.93
3. Sonstige Ausgaben	1 043.34		
4. Reingewinn	81 262.06		
	192 887.66		192 887.66

Offenburg, 25. März 1925.

Verwaltungsrat und Direktion.

von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. Juni 1925 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 6. Mai 1925. **Gerichtsschreiber A. 3.**

Bericht, Bekanntmachungen

Bermessungsamt, Zimmer 246, erfahren in Fortführungsarbeiten, ff. Zeichner, sofort gesucht. Bezahlung nach Gehaltsgruppe VI. Bewerbungen unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugnisabschriften und einer Probezeichnung an das **Bermessungsamt E. 337 Sigen-Hohentwiel.**

Radellangholzerkauf

Das **Rad. Fortamt Dommendorf** (im Schwarzwald) verkauft freihändig etwa 865 m Radestämme und Abschnitte aus der Winterfällung 1924/25 in 6 Losen. Schriftliche, auf ganze Lose lautende, in Prozenten der Goldmarktpreise ausgedrückte Gebote werden bis **Dienstag, den 19. Mai, morgens 10 Uhr,** angenommen. A. 626

Papierholzerkauf. Das **Badische Fortamt Neffingen** (Amt Badstuh) verkauft freihändig ca. 450 Ster Papierholz (Fichte) in einem Los. Angebote in ganzen Prozenten der badischen Goldmarktpreise bis zum **20. Mai, 12 Uhr mittags,** erbeten.

Auskunft und Auszüge durch das Fortamt, A. 615

Hochbauarbeiten zur Erbauung eines Dienstwohngebäudes für 4 Familien auf Station Wintersdorf öffentlich zu vergeben. a) Grab- und Mauerarbeiten, b) Steinhauerarbeiten (rot Sandstein), c) Steinhauerarbeiten (gelber Sandstein), d) Zimmerarbeiten, e) Trägerlieferung, f) Wiederaufbauarbeiten, g) Schmiedearbeiten, h) Dachdeckerarbeiten. Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Hochbauamt im II. Stock

des neuen Aufnahmegebäudes Karlsruhe zur Einsicht auf, wo auch die Angebotsordrude gegen Erlass der Selbstkosten in Empfang genommen werden können. Die Kosten der Angebotsordrude betragen für a) = 1.50 M., für b), c), e), g) und h) = je 0.60 M., für d) = 0.95 M. und für f) = 0.90 M. Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift . . . arbeiten für das Dienstwohngebäude Wintersdorf versehen, längstens bis **Dienstag, den 19. Mai, vormittags 11 Uhr,** einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Karlsruhe, 4. Mai 1925. **Vorstand der Bahnaninspektion II.**

Der an der Straße Schöpfheim-Siedingen gelegene Haltepunkt Brennet W wird vom 5. Juni ds. J. ab für den Personen-, Gepäck-, Expressgut und Viehverkehr wieder in beschänktem Umfang eröffnet. Karlsruhe, 4. Mai 1925. **Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Reichsbahndirektion Karlsruhe.** A. 627

Badisches Landestheater

Freitag, den 8. Mai 1925
D. 23. Ab.-Gem. 1001-1300

Rigoletto

Oper in 4 Akten von F. R. Blave
Musik von G. Verdi
Musikal. Leitung: W. Schwegel
In Szene gef. von G. Bussard

Personen:
Der Herzog v. Mantua Renato
Rigoletto Heizer
Gilda v. Ernst a. G.
Graf v. Monterone Lanter
Graf v. Ceprano Meyer
Die Gräfin Hensel
Marullo Loichinger
Barfa Kainbach
Sparafacile Wucherperny
Maddalena Sofm. Bremer
Giovanna Josef-Tomisch
Gerichtsdienst Kulan
Page der Herzogin Beer-Gast

Anfang 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2
Sperstich I 7.—

Druck G. Braun, Karlsruhe.